

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Andrej Hunko, Sevim Dağdelen, Ralph Lenkert, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 20/8137 (neu) –**

Auswirkungen der Sanktionen gegen die Russische Föderation auf Klimaschutz und wissenschaftliche Zusammenarbeit im arktischen Raum

Vorbemerkung der Fragesteller

Der Krieg Russlands in der Ukraine macht laut Bundesregierung (Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 20/4396, Vorbemerkung der Bundesregierung) „Kooperation mit Russland derzeit unmöglich, auch mit Blick auf eine freie und verantwortungsvolle Forschung in der Arktis“. Die Bundesregierung erklärt (ebd.): „National und international bleibt es Ziel, der russischen Regierung die Kosten ihres Handelns aufzuzeigen und diese soweit wie möglich zu isolieren“. Vor diesem Hintergrund hat die Bundesregierung „wissenschaftliche Kooperationen mit staatlichen Institutionen und Wirtschaftsunternehmen in Russland bis auf Weiteres eingefroren“ (ebd.).

Diese Strafmaßnahmen in Bezug auf die wissenschaftliche Zusammenarbeit und insbesondere die Klimaforschung sehen die Fragestellerinnen und Fragesteller als undifferenziert und deswegen kritisch. Durch die internationale Isolation entwickelt sich die ganze russische Arktis klimapolitisch zum „schwarzen Loch“. Die außerordentliche Bedeutung, die die Arktis für das Weltklima besitzt, macht diplomatische Initiativen zur Beendigung des Krieges in der Ukraine umso dringlicher.

Die Entkoppelung von der wissenschaftlichen Kooperation mit Russland stellt nach Ansicht der Fragestellerinnen und Fragesteller eine große Gefahr für den Kampf gegen den Klimawandel dar. Diese Auffassung beruht auf mehreren Gegebenheiten, die Russland und insbesondere die russische Arktis für den Klima- sowie den Umweltschutz so relevant machen: Russland ist viertgrößter CO₂-Emittent weltweit, Russland ist größter Arktisanrainer, Russland (vgl. damals UdSSR, www.ipcc.ch/report/ar1/wg2/seasonal-snow-cover-ice-and-permafrost/, Tabelle 7.1 in Kapitel 7 „Seasonal snow cover, ice and permafrost“) verfügt mit Abstand über die größte Fläche des Permafrostbodens (16,84 Mio km²); Russlands Waldfläche beträgt 815 311 600 ha und ist damit bei Weitem die größte weltweit.

1. Welche Rolle misst die Bundesregierung den Prozessen wie etwa dem Auftauen des Permafrostbodens, den Methanemissionen sowie Waldbränden auf dem arktischen Territorium Russlands in Hinblick auf den Klimawandel und den Klimaschutz zu?

Die Bundesregierung misst den klimatischen Veränderungen und daraus resultierenden Folgen in der Arktis eine große Bedeutung zu (vgl. Leitlinien deutscher Arktispolitik von 2019). Dies trifft aufgrund der territorial bedeuten- den Stellung unter den Arktisstaaten auch auf das russische Arktisgebiet zu.

2. Existieren für deutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aktuell die Möglichkeiten einer Feldforschung, insbesondere auf dem Gebiet der Klimaforschung, auf dem Territorium der Russischen Föderation, wenn ja, welche, und wenn nein, warum nicht?

Für deutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler existieren aktuell keine Möglichkeiten einer Feldforschung auf dem Territorium Russlands.

Mit seinem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine hat sich Russland als Partner diskreditiert.

3. Sieht die Bundesregierung in der schon länger als ein Jahr andauernden Einstellung der wissenschaftlichen Kooperation mit Russland, insbesondere auf dem Gebiet der Klimaforschung, positive Wirkungen zur Be- endigung des Krieges in der Ukraine, wenn ja, welche (bitte aufzählen), und wenn nein, warum nicht?
4. Inwiefern ist es der Bundesregierung bisher gelungen, durch die Einstel- lung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Klimaforschung „der russi- schen Regierung die Kosten ihres Handelns aufzuzeigen und diese so- weit wie möglich zu isolieren“ (siehe Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 20/4396, Vorbemerkung der Bundesregierung; bitte konkrete Ergebnisse nennen)?

Die Fragen 3 und 4 werden zusammen beantwortet. Die Auswirkungen von Maßnahmen in spezifischen Teilbereichen können nicht im Einzelnen evaluiert werden. Die Bundesregierung verfolgt, in enger Abstimmung mit ihren europä- ischen und internationalen Partnern, den ganzheitlichen Ansatz einer grund- legenden Änderung ihrer Kooperationspolitik mit Blick auf Russland, wie in der Vorbemerkung der Bundesregierung in der Antwort auf Bundestagsdrucksache 20/4396 beschrieben. Diese koordinierte Isolierung ist ein wichtiges Instru- ment, Russland unmissverständlich die Konsequenzen seines völkerrechtswid- rigen Angriffskrieges aufzuzeigen.

Ergänzend wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 7 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 20/4396 verwie- sen.

5. Sieht die Bundesregierung die Einstellung der wissenschaftlichen Zu- sammenarbeit mit Russland, einerseits dem viertgrößten CO₂-Emittenten weltweit und andererseits dem größten Arktisanrainer, als Problem für die Klimamodellierung, wenn ja, inwiefern, und wenn nein, warum nicht?

Für die Klimamodellierung spielt es keine Rolle, dass Russland einer der größ- ten CO₂-Emittenten und der größte Arktisanrainer ist, da die Klimamodellie- rung grundsätzlich nur unter bestimmten Annahmen das Klima modelliert. In

diese Annahmen gehen unter anderem die CO₂-Emissionen sowie deren mögliche zukünftige Entwicklung ein. Die Klimamodelle simulieren dann das Klima resultierend aus diesen verschiedenen Annahmen. Die Arktis ist eine Schlüsselregion zum Verständnis des Klimawandels. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler arbeiten daran, durch verstärkte Kooperation mit den verbliebenen Arktisanrainern und durch die Nutzung von Satellitendaten die Auswirkungen für die Klimamodellierung zu minimieren. Mit seinem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine hat sich Russland als Partner diskreditiert.

6. Wurde der Messturm ZOTTO (Zotino Tall Tower Observatory) von der Max-Planck-Gesellschaft (MPG) an Russland bereits übergeben (siehe dazu Antwort zu den Fragen 8a und 8b auf Bundestagsdrucksache 20/4396)?

- a) Wenn ja, wann, und an welche Organisation?
- b) Wenn nein, warum nicht?

Verfügt die Bundesregierung über Pläne zur Wiederaufnahme der Nutzung des Messturms ZOTTO, und erhält die deutsche Seite nach Kenntnis der Bundesregierung aktuell Messdaten über den Messturm ZOTTO?

Die Fragen 6 bis 6b werden zusammen beantwortet.

Nach Angaben der Max-Planck-Gesellschaft (MPG) ist die Übergabe von den in Frage stehenden Teilen der Infrastruktur des Messturms an die russische Seite von der MPG seit dem Jahr 2022 vorbereitet worden. Vor einer Übergabe im Einklang mit geltenden Sanktionsbestimmungen müssen zahlreiche juristische Fragen geklärt werden. Dieser Prozess dauert noch an. Seit dem Einfrieren der wissenschaftlichen Zusammenarbeit finden keine Wartung der Geräte und kein Abruf von Messdaten durch die MPG statt.

7. Plant das Alfred-Wegener-Institut (AWI) nach Kenntnis der Bundesregierung, die Nutzung der Forschungsstation auf der Insel Samoilow wieder aufzunehmen?

Das Alfred-Wegener-Institut plant nach Kenntnis der Bundesregierung derzeit nicht, die Forschungsk Kooperation an der Forschungsstation „Insel Samoilov“ wiederaufzunehmen.

8. In welchem Zustand befinden sich nach Kenntnis der Bundesregierung aktuell die Messgeräte des AWI auf der Insel Samoilov?

Falls diese noch in Betrieb sind, erhält die deutsche Seite aktuell die durch diese Messgeräte gesammelten Daten?

Die Bundesregierung hat keine detaillierten Kenntnisse über den Zustand der Messgeräte des AWI an der Forschungsstation „Insel Samoilov“.

9. Welche Mittel waren für die geplanten gemeinsamen deutsch-russischen Forschungsprojekte (ICELESS, ORCA4C, MOMENT) zur Arktisforschung, die am 1. August 2022 starten sollten und eingefroren wurden, vorgesehen (siehe Antwort zu Frage 6 auf Bundestagsdrucksache 20/4396; bitte den Förderumfang den Projekten zuordnen und den Zeitraum angeben)?

Im Einzelplan des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (Einzelplan 30) waren für die geplanten gemeinsamen deutsch-russischen Forschungsprojekte (ICELESS, ORCA4C, MOMENT) zur Arktisforschung Ausgaben in Höhe von ca. 6 Mio. Euro eingeplant, siehe nachstehende Aufstellung:

	2022 (in T€)	2023 (in T€)	2024 (in T€)	2025 (in T€)	2026 (in T€)	Summe (in T€)
ICELESS	235	835	733	619		2.422
ORCA4C	35	130	164	76		405
MOMENT	270	1.105	1.173	836	533	3.917

Diese Mittel wurden als Reaktion auf den völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine nicht für deutsch-russische Forschungsprojekte verwendet.

10. Teilt die Bundesregierung die Position von Sönke Zaehle, Direktor am Max-Planck-Institut in Jena, dass „gerade in einer Phase, in der der Klimawandel langsam sichtbar werde“, „der Kooperationsstopp große Datenlücken, die für das Verständnis des Erdsystems schwerwiegend seien,“ verursache (siehe „Klimaforschung ohne Russland: ‚Weiße Flecken werden größer‘“, NDR am 14. April 2023)?

Für die Forschung stehen andere Datenquellen wie beispielsweise Satellitendaten zur Verfügung, die dabei helfen, Datenlücken zu verkleinern. Weltweit werden Satellitendaten im Vergleich mit Daten aus in-situ und bodengestützten Fernerkundungsdaten validiert. Das verbessert langfristig die Qualität und die Vergleichbarkeit der Satellitendaten.

Die Bundesregierung teilt darüber hinaus auch die medial wiedergegebene Position von Prof. Sönke Zaehle, dass man akzeptieren müsse, angesichts des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs nicht weitermachen zu können wie bisher.

11. Besteht für das AWI oder andere deutsche Forschungsorganisationen aktuell die Möglichkeit, weitere Proben aus dem sibirischen Permafrostboden zu gewinnen, nachdem ein internationales Forschungsteam (darunter auch deutsche Wissenschaftler) an der Universität Marseille an unterschiedlichen Orten in Sibirien 13 neue aktive Viren (sogenannte Zombieviren) entdeckt hatte, und wenn nein, warum nicht?

Für deutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bestehen aktuell keine Möglichkeiten, Proben aus dem sibirischen Permafrostboden zu gewinnen. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 2 verwiesen.

12. Teilt die Bundesregierung die Sorge des Bundesministers für Gesundheit, Dr. Karl Lauterbach, um die Viren aus dem auftauenden Permafrostboden, die potenziell Pandemien verursachen können (siehe dazu den Tweet des Bundesministers für Gesundheit am 27. November 2023 mit dem Hinweis auf den Artikel mit Bezug auf die Ergebnisse der Studie des internationalen Forschungsteams an der Universität Marseille www.spektrum.de/news/permafrost-zehntausende-jahre-altes-virus-wiederbelebt/2081040)?

Der Bundesminister für Gesundheit Prof. Dr. Karl Lauterbach hat in dem zitierten Tweet vom 27. November 2022 einen sachlichen Hinweis gegeben.

13. Sind der Bundesregierung die Ergebnisse der Studie des Dresdner Forschungsteams (siehe „Ur-Würmer nach 46 000 Jahren im Ewigen Eis wiederbelebt“ in Berliner Zeitung am 28. Juli 2023, S. 2), bei der Permafrostbodenproben aus der Region Kolyma (Russland) untersucht wurden, bekannt, und wenn ja, welche Haltung hat die Bundesregierung zur Fortführung von Forschungsprojekten wie diesem, wenn die Studien auf das Forschungsmaterial (wie zum Beispiel Permafrostbodenproben) aus Russland angewiesen sind?

Der Bundesregierung sind die veröffentlichten Ergebnisse des Dresdner Forschungsteams bekannt. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 11 verwiesen.

14. Wie hat die Bundesregierung auf die Datenlücken, die aufgrund der Einstellung der Forschungsk Kooperation mit Russland entstehen, bisher reagiert, und was sind die Resultate der Anpassung der Kooperationsformate an die aktuelle Situation sowie des Aufbaus der Partnerschaften auf zivilgesellschaftlicher Ebene (siehe Antwort zu Frage 7 auf Bundestagsdrucksache 20/4396)?

Das geplante, gemeinsame deutsch-russische Forschungsprojekt MOMENT zur Arktisforschung wurde von den russischen Kooperationspartnern entkoppelt und wird derzeit in Kooperation mit Dänemark auf Grönland umgesetzt. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 5 verwiesen.

15. Kann nach Ansicht der Bundesregierung eine intensivere wissenschaftliche Kooperation mit anderen Arktis-Anrainerstaaten die durch den Stopp der Forschungszusammenarbeit mit Russland entstandenen Expertiseverluste bzw. Datenverluste kompensieren, wenn ja, inwiefern, und wenn nein, warum nicht?

Die als Reaktion auf den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine eingestellte Forschungsk Kooperation mit Russland hat unter anderem den Verlust des Zugangs zu Langzeitdatenreihen aus russischen Gebieten zur Folge. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bemühen sich nach Kenntnis der Bundesregierung, diese Ergebnis- und Datenverluste durch eine intensivere wissenschaftliche Kooperation mit anderen Arktis-Anrainerstaaten soweit wie möglich zu kompensieren.

16. Welche Rolle misst die Bundesregierung im Zuge des Klimawandels dem russischen Wald und insbesondere seiner Fähigkeit, CO₂ zu speichern, zu, angesichts der Tatsache, dass Russland mit Abstand die größten Waldflächen unter allen Staaten besitzt (vgl. 815 311 600 ha, siehe dazu FAOSTAT (Food and Agriculture Organization Corporate Statistical Database)-Datenbank – Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, 2020)?

Aufgrund ihrer Flächenausdehnung sind die Wälder Russlands ein Klimafaktor von globaler Bedeutung. Der Schutz und die nachhaltige Bewirtschaftung dieser Wälder, die Beendigung von nicht nachhaltigen oder illegalen Nutzungen und die Eindämmung der dort meist großflächigen Wald- und Landschaftsbrände sind von globalem Interesse.

17. Teilt die Bundesregierung die Meinung von Experten (siehe dazu www.klimareporter.de/international/der-russische-wald-im-nebel-des-krieges), dass das fünfte EU-Sanktionspaket vom April 2022, das ein Verbot für die Lieferung von Holz, Schnittholz sowie Zellulose aus Russland enthält, und die Annullierung aller FSC (Forest Stewardship Council)-Handelszertifikate für Russland und Belarus im März 2022 negative Folgen für die nachhaltige Waldbewirtschaftung in Russland implizieren?

Aufgrund der Struktur der russischen Holzindustrie und der schon vor Verhängung der Sanktionen als Reaktion auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine oftmals nur schwer kontrollierbaren Nutzung der Ressource Wald durch diese, ist nicht damit zu rechnen, dass eine nachhaltige Waldbewirtschaftung oder bestimmte Schutzziele in Russland derzeit überprüfbar sind.

18. War der Plastikmüll in der Arktis in Vergangenheit einer der Schwerpunkte der deutsch-russischen Forschungszusammenarbeit?
- a) Wenn ja, bitte konkrete Projekte, Zeitraum und Fördermittel angeben,
- b) Wenn nein, warum nicht?

Die Fragen 18 bis 18b werden zusammen beantwortet.

Plastik-Müll in der Arktis war in der Vergangenheit keiner der Schwerpunkte der deutsch-russischen Forschungszusammenarbeit im Bereich der Polar- und Meeresforschung. Im Rahmen der gemeinsamen deutsch-russischen Förderbekanntmachungen wurden keine Vorhaben zu den Themenfeldern Arktische Umwelt oder Schutz der Meere eingereicht.

19. Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung für ihr politisches Handeln aus der Studie „Where does Arctic beach debris come from? Analyzing debris composition and provenance on Svalbard aided by citizen scientists“ (siehe dazu www.frontiersin.org/articles/10.3389/fmars.2023.1092939/full sowie auch „Auch wir vermüllen die Arktis“ in FAZ am 8. Februar 2023, S. 7), laut welcher
- a) der größte Anteil (32 Prozent) des identifizierbaren Mülls aus Russland kam,
- b) 8 Prozent davon aus Deutschland stammen?

Die Fragen 19 bis 19b werden zusammen beantwortet.

Die Bundesregierung nimmt diese Studie zur Kenntnis. Insgesamt bestätigt die Bundesregierung den Bedarf Russlands zum Abfallmanagement.

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) fördert den internationalen Austausch zu diesem Thema: in den Aktionsplänen Meeressmüll der Meeresschutzübereinkommen OSPAR (Nordsee und Nordostatlantik) und HELCOM (Ostsee), sowie, auf diesen aufbauend, dem G7-Aktionsplan gegen Meeressmüll, die Deutschland initiiert und maßgeblich mitgestaltet hat. Maßnahmen, welche auf die Reduzierung des Abfalleintrags in die Meere zielen, stehen auch im deutschen Maßnahmenprogramm zur Umsetzung von Artikel 13 der europäischen Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie.

20. Wurden der Klimawandel, Fragen des Erhalts der Biodiversität und des Umweltschutzes zwischen den Mitgliedern des Bundeskabinetts der aktuellen Bundesregierung (vgl. zum Beispiel Antwort zu Frage 41 auf Bundestagsdrucksache 19/15326) und den Vertreterinnen und Vertretern der russischen Regierung bzw. Staatsführung erörtert, wenn ja, wann (bitte Personen sowie Umstände nennen), und wenn nein, warum nicht?

Die Bundesregierung äußert sich zu den Inhalten vertraulicher Gespräche von Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung mit Vertreterinnen und Vertretern ausländischer Regierungen grundsätzlich nicht. Die Vertraulichkeit von Beratungen auf politischer Ebene ist entscheidend für den Schutz der auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland und damit auch aus Gründen des Staatswohls geboten.

21. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung zum aktuellen Stand (seit Februar 2022) der russisch-chinesischen Zusammenarbeit in der Arktis auf den Gebieten
- Wissenschaft,
 - Wirtschaft und
 - Militär?

Die Fragen 21a bis 21c werden zusammen beantwortet.

Seit Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine sucht Russland zunehmend nach neuen Partnern zur Verwirklichung seiner arktispolitischen Ziele. China stärkt seine strategische Präsenz in der Arktis und investiert wirtschaftliche und wissenschaftliche Ressourcen. In diesem Rahmen haben Staatspräsident Putin und Staatspräsident Xi im März 2023 eine vertiefte Kooperation verabredet, „um das Transitpotenzial der Nördlichen Seeroute zu entwickeln“ (siehe arctic.ru/international/20230322/1018198.html).

Nach Kenntnis der Bundesregierung vertieft Russland mit China seine Kooperation bei Rohstoff- und Verkehrsprojekten wie Abbau, Verarbeitung und Transport von Kohle, Metallen, Öl und Gas sowie Bau von Infrastruktur (zum Beispiel Tiefseehafen Archangelsk) sowie in der Forschung.

Darüber hinaus wird auf die öffentliche Presse-Berichterstattung verwiesen.

22. Wie lässt sich erklären, dass die Forschungsk Kooperation mit China zum Klimawandel während des Quartärs im Nord-Pazifik im Rahmen der Wissenschaftlich-Technischen Zusammenarbeit (WTZ) im Jahr 2022 nicht gefördert wurde (siehe Antwort zu Frage 3 auf Bundestagsdrucksache 20/4396)?

Das Forschungsvorhaben zum Klimawandel während des Quartärs im Nord-Pazifik im Rahmen der Wissenschaftlich-Technischen Zusammenarbeit (WTZ) mit China ist nach dreijähriger Förderung am 31. Juli 2020 planmäßig ausgefallen.

23. Wurden in der Vergangenheit zivile, Dual-Use oder militärische Forschungsprojekte deutscher Forschungsstellen mit US-amerikanischen Universitäten, Instituten, Forschungszentren u. ä. durch die Bundesregierung aufgrund von völkerrechtswidrigen Kriegen der USA eingestellt?
- a) Wenn ja, welche (bitte Titel der Projekte sowie Zeitraum nennen und nach ihrer Art (zivil, Dual-Use oder militärisch) aufschlüsseln)?
- b) Wenn nein, warum nicht?

Die Bundesregierung hat keine vollständige Übersicht über „zivile, Dual-Use oder militärische Forschungsprojekte deutscher Forschungsstellen mit US-amerikanischen Universitäten, Instituten, Forschungszentren u. Ä.“. Sie teilt im Übrigen nicht die Prämisse der Fragesteller.